



Jungsozialistinnen und Jungsozialisten  
in der Sozialdemokratischen Partei  
Ostwestfalen-Lippe

**Beschlussbuch Regionalkonferenz 05.07.2014**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Antrag</b>	<b>Name</b>	<b>Seite</b>
A1	Die Zukunft für ein linkes OWL – Arbeitsprogramm für die Juso-Region Ostwestfalen-Lippe 2014 bis 2016	2
A2	Jugendkooperation mit Ägypten: Vom arabischen Frühling lernen	4
A3	Ausbildungsperspektiven für Jugendliche sichern!	8
A4	Keine sicheren Herkunftsländer	14
A5	Dann sind wir eben vaterlandslose Gesellen – Kein Nationalismus in unserem Wahlkampf	15
A6	Bildungsprogramm: Die Jusos und die Doppelstrategie	16

# **A1 Die Zukunft für ein linkes OWL - Arbeitsprogramm für die Juso-Region Ostwestfalen-Lippe 2014 bis 2016**

Die Juso-Region Ostwestfalen-Lippe ist eine Besonderheit. Entstanden aus dem ehemaligen Bezirk ist sie nach dem Zusammenschluss zu einem großen Landesverband die einzige Region, die ununterbrochen ihre Arbeit formal und inhaltlich fortgesetzt hat. Da sich die anderen drei ehemaligen Bezirke nicht mehr existieren, ist die Region Ostwestfalen-Lippe einmalig. In erster Linie ist es die geographische Lage, die eine Struktur zwischen den Kreisverbänden bzw. Unterbezirken und dem Landesverband notwendig macht. Veranstaltungen vom Landesverband sind oft nur schwer und unter großem zeitlichen Aufwand zu erreichen. Gleichzeitig droht der kleinste der vier ehemaligen Bezirke im Landesverband oft in Vergessenheit zu geraten. Sowohl um mit personellen als auch inhaltlichen Interessen wahrgenommen zu werden, brauchen die sieben Kreisverbände und Unterbezirke in Ostwestfalen-Lippe einen starken gemeinsamen Auftritt. In diesem Arbeitsprogramm wollen wir das Fundament für die Arbeit des neuen Juso-Regionalvorstandes für die nächsten zwei Jahre schaffen.

## **Juso-Region**

Die Region bietet die Möglichkeit, inhaltlich über dem Niveau der Unterbezirke und Kreisverbände zu arbeiten. Gleichzeitig wurden die inhaltlichen Angebote der vergangenen Jahre in einigen Unterbezirken nicht weit über die VertreterInnen im Regionalvorstand hinaus angenommen. Eine engere Vernetzung zwischen dem Regionalvorstand und den Kreisverbands- und Unterbezirkvorsitzenden ist daher wünschenswert.

Thematisch wird die Region sich in den nächsten Jahren nicht übernehmen. Der Regionalvorstand plant zwei bis drei inhaltliche Angebote pro Jahr, die dann aber ein hohes Niveau haben werden. Dazu gehört mindestens einmal pro Jahr ein mehrtägiges Seminar oder eine Art OWL-Verbandswochenende.

Die Sitzungen des Regionalvorstandes werden weiterhin etwa zehn Mal pro Jahr in Bielefeld stattfinden. Zu den Sitzungen eingeladen werden neben den gewählten Mitgliedern auch die Kreisverbands- bzw. Unterbezirkvorsitzenden sowie ein/e VertreterIn der Juso-Hochschulgruppen in Ostwestfalen-Lippe.

Als ersten großen inhaltlichen Block wird das Thema Flüchtlingspolitik angegangen. Ziel des Prozesses, in den die Mitglieder einbezogen werden, ist ein Antrag, den der Regionalvorstand für die Landeskongferenz und den Bundeskongress in Bielefeld vorbereitet.

In der Vergangenheit hat die Juso-Region Ostwestfalen-Lippe einige Expertisen zur Europapolitik hervorgebracht. Aufgrund der schlechten Listenplatzierung bei der Europawahl bleibt Ostwestfalen-Lippe weiterhin ohne sozialdemokratische/n Europaabgeordnete/n. Wir nehmen das zum Anlass uns inhaltlich mit der Europapolitik auseinanderzusetzen und eine aussichtsreiche Kandidatur aus der regionalen SPD für die nächste Europawahl inhaltlich vorzubereiten.

Querschnittsthema bleibt auch in den beiden nächsten Jahren die gemeinsame Arbeit gegen Rechts. Das betrifft sowohl die inhaltliche Arbeit und Unterstützung für lokale

Initiativen zur Demokratieförderung, als auch die Chance Jusos aus der gesamten Region für Demonstrationen und große Veranstaltungen zu mobilisieren.

Eine große Aufgabe für die Juso-Region wird der Juso-Bundeskongress im Dezember in Bielefeld. Die Jusos Ostwestfalen-Lippe werden sich aktiv in die Vorbereitungen einbringen und die HelferInnen für den Kongress stellen.

Gemeinsam mit der regionalen SPD und dem Juso-Landesverband werden wir nach einer finanziellen Sicherung für die Aufrechterhaltung der Arbeit suchen.

### **SPD-Region**

Der SPD-Regionalverband in Ostwestfalen-Lippe ist in der Vergangenheit nicht durch tiefgehende inhaltliche Debatten ausgezeichnet. Die Jusos sind die inhaltliche Kraft innerhalb der regionalen Partei. Deshalb wollen wir auch unseren Einfluss auf die Partei ausbauen. Die Jusos müssen deshalb mit Stimmrecht im Regionalvorstand vertreten sein.

Wir werden weiterhin inhaltliche Anträge in die SPD-Regionalkonferenzen einbringen und die inhaltliche Kontroverse suchen.

### **Juso-Landesverband**

Ostwestfalen-Lippe ist als kleinster der vier ehemaligen Bezirke in der Vergangenheit bei den NRW-Jusos oft unter die Räder geraten. Wir wollen wieder als starke Stimme wahrgenommen werden.

Der Landesverband leidet darunter, dass sich die Vielseitigkeit des Verbandes nicht im Vorstand widerspiegelt. Die Besonderheiten der jungsozialistischen Politik im ländlichen Raum findet im Verband derzeit kaum Beachtung.

Es kann nicht sein, dass ein aus vier Bezirken zusammengesetzter Landesverband in einem 15-köpfigen Vorstand für einen der vier ehemaligen Bezirke keinen Platz hat. Ostwestfalen-Lippe gehört mit Stimmrecht in den Landesvorstand.

Wir werden uns weiterhin inhaltlich in den Landesverband einbringen. Das betrifft sowohl inhaltliche Anträge für die Konferenzen, als auch die weiterhin starke Teilnahme an Verbandstagen und -wochenenden.

Das Austauschprojekt mit Ägypten werden wir vorantreiben.

## **A2 Jugendkooperation mit Ägypten: Vom Arabischen Frühling lernen**

Zur Weiterleitung an die Juso-Landeskonferenz

Die NRWJusos bauen – unter Einbindung der DGB-Gewerkschaftsjugenden – Kontakte zu ägyptischen JungsozialistInnen, jungen GewerkschafterInnen und links-progressiven VertreterInnen der Zivilgesellschaft auf;

mit den Zielen:

- Start einer ägyptisch-deutschen Kooperation zwischen links-progressiven Jugendverbänden, um gegenseitig voneinander zu lernen
- Organisation gegenseitiger Delegationsreisen, auf die sich jeweils Mitglieder der Verbände bewerben können
- Teilhabe an der bilateralen Ägyptisch-Deutschen Transformationspartnerschaft, mit der seit 2011 – finanziert durch den Bundeshaushalt – kulturelle, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert wird
- Gemeinsame Seminare, Diskussionsveranstaltungen, Aktivitäten und Programmarbeiten zu Themen, die für beide Seiten zentral sind. Vorschlag: 1. Demokratie/Partizipation, 2. „Sozialer Dialog“ und Mitbestimmung am Arbeitsplatz, 3. Unterstützung des Friedens- und Verständigungsprozesses im Nahostkonflikt, 4. Ziele der internationale Zusammenarbeit von sozialdemokratischen Organisationen allgemein
- Gemeinsame Veranstaltungen in beiden Ländern, die für Öffentlichkeit und ein größeres Publikum offen sind (um auf Themen aufmerksam zu machen)
- Zusammenarbeit mit dem Willy-Brandt-Center in Jerusalem, das junge politische Israelis und Palästinenser zusammenbringt
- Durchführung von o.g. Kooperationsprojekten innerhalb der „Amtszeit“ des neugewählten Landesvorstands; anschließende Evaluation und Überarbeitung der bisherigen Kooperation

### **Begründung:**

#### 1. Besondere Bedeutung des Arabischen Frühlings in Ägypten

Der Arabischen Frühling 2011 hat Hoffnung gemacht auf eine bessere Zukunft im Nahen Osten und Nordafrika: Es waren vor allem politisch engagierte Jugendliche, die für soziale Gerechtigkeit und Demokratie ihre Leben riskiert haben. Ägypten stand von Anfang an im Zentrum. Dass in diesem größten arabischen Land das Mubarak-Regime gestürzt wurde, kam fast einer Zeitenwende gleich. Doch schnell machte sich unter den jungen Revolutionären eine Enttäuschung breit. Die Gründe hierfür sind vielfältig.

Was vom Arabischen Frühling in Ägypten in jedem Fall bleibt, ist der Vorbildcharakter des friedlichen politischen Engagements junger Menschen: Auf der einen Seite protestierten in Ägypten Millionen junge Erwachsene und Jugendliche für Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit. Und auf der anderen Seite haben politische Jugendorganisationen in vielen westlichen Ländern große Schwierigkeiten, relevante Teile der Jugend (oder Gesellschaft insgesamt) zu erreichen.

Was die Folgen des Arabischen Frühlings angeht, ist der Kontrast in Ägypten am Größten: Auf hart erkämpfte Anfangserfolge folgte große Ernüchterung. Bei politisch aktiven linken

Jugendlichen hat sich verständliche Resignation breitgemacht.

Die *revolutionäre Anfangserfolge* bestanden in der Absetzung des Mubarak-Regimes; der Gründungen freier Gewerkschaften, demokratischer Parteien und Nichtregierungsorganisationen; die Ankündigung einer demokratischen Verfassung; und angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Auf diese Erfolge folgte jedoch *schnelle Ernüchterung*: Der Militärrat riss die Kontrolle an sich. Und aus den folgenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ging das demokratische Lager eher geschwächt als gestärkt hervor. Denn während die neuen Parteien kaum Zeit für den Aufbau hatten, verfügten die Islamisten und die Kräfte des alten Regimes über etablierte Parteistrukturen und finanzielle Mittel. Nach den Wahlen begann die *Phase des Islamismus*: Der Muslimbruder Mohamed Mursi gewann die Stichwahl knapp gegen einen Kandidaten des alten Regimes. Die jetzt dominanten Muslimbrüder setzten die Demokratisierung de facto aus. Sie ignorierten die Ziele der Revolution und verfolgten ihre eigenen konservativ-reaktionäre Ziele. Im ersten Schritt wollten sie den Staatsapparat mit Islamisten ‚durchdringen‘. Die Islamisten setzten auf die Verfolgung ihrer demokratischen Gegner, verschlossen sich Kompromissen und gesellschaftlicher Aussöhnung. Effektive Programme zum entscheidenden wirtschaftlichen „Wiederaufbau“ Ägyptens fanden auf der Agenda der Muslimbrüder keinerlei Beachtung. Erneute Massenproteste – mit Millionen TeilnehmerInnen – und ein folgender Putsch des Militärs brachten Mursi und die Muslimbrüder zu Fall. Die jetzt aktuelle Phase ließe sich als *autokratische Stabilisierung* beschreiben: In durchaus freien und geheimen Wahlen haben die Ägypter den vorherigen Verteidigungsminister und Armeechef Abd al-Fattah as-Sisi zum Präsidenten gewählt. Eine demokratische Auseinandersetzung über seine Wahl hatte jedoch nicht stattgefunden. Die Medien, ob staatlich oder privat, boten nur as-Sisi eine Plattform. Kritische Stimmen waren öffentlich nicht zu hören. Kritiker gerieten schnell unter den Verdacht des Landesverrats oder der Zusammenarbeit mit der jetzt verbotenen Muslimbruderschaft. Vor der Präsidentschaftswahl hatte der Militärrat eine zivile Regierung und Verfassungsversammlung eingesetzt. Die neue Verfassung, die dem Volk erfolgreich zur Zustimmung vorgelegt wurde, trägt größtenteils eine demokratische Handschrift. Doch spätestens seit dem Sturz Mursis sind viele Kernforderungen des Arabischen Frühlings aus der Öffentlichkeit verschwunden. Vor allem von Umverteilung, politischen Freiheiten und „mehr Demokratie“ ist kaum noch die Rede.

## 2. Großes Potential der Ägyptisch-Deutschen Zusammenarbeit

Aufgrund der Brisanz des Umbruchs in Ägypten hat der Deutsche Bundestag noch im Jahr 2011 eine Transformationspartnerschaft mit Ägypten beschlossen. Obwohl sich die SPD zu dieser Zeit in der Opposition befand, war die Transformationspartnerschaft von Anfang an ein sozialdemokratisches Projekt. Zum einen, weil das Zustandekommen wesentlich dem Engagement sozialdemokratischer Abgeordneter zu verdanken ist. Zum anderen, weil die Partnerschaft demokratische und soziale Ziele verfolgt (Demokratisierung, kulturelle Zusammenarbeit und wirtschaftlicher Kooperation).

Dank der Transformationspartnerschaft stehen seit 2011 jährlich millionenschwere Hilfen für ägyptisch-deutsche Kooperationsprojekte zur Verfügung. Die SPD-Bundestagsfraktion stritt erfolgreich dafür, dass die Transformationspartnerschaft nicht kurzfristig angelegt ist, sondern mittelfristig gesichert ist.

## 3. Ägyptisch-Deutsche Transformationspartnerschaft durch politische Jugendarbeit mit Leben füllen

Die Projekte im Rahmen der Transformationspartnerschaft bezogen sich bisher auf die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es fehlen Ansätze der direkten Zusammenarbeit zwischen ägyptischen und deutschen politischen Jugendverbänden.

Doch für Kooperationen in der politischen Jugendarbeit gibt es großen Bedarf: Einerseits haben ägyptische AktivistInnen die Revolution wesentlich geprägt und deren „Abbruch“ selbst miterlebt; sie haben großes Erfahrungswissen aufgebaut, von dem die deutsche politische Jugendarbeit profitieren kann. Andererseits haben die politischen Entwicklungen nach der Revolution viele AktivistInnen resigniert zurückgelassen (s.o.). Es gibt bei der politischen Jugend Ägyptens einen großen Bedarf an Ansätzen, die zeigen, wie die eigenen politischen Ziele unter den aktuellen Bedingungen weiterverfolgt werden können. Zum Beispiel ist für ägyptischen Jugendlichen das Engagement in Parteien und Gewerkschaften etwas komplett Neues.

#### 4. Voneinander lernen: Vorschläge für Politikfelder der jungsozialistischen Zusammenarbeit

Die NRWJusos können entscheidend dazu beitragen, die bisher fehlende ägyptisch-deutsche politische Jugendarbeit mit Leben zu füllen. Der Rahmen der Zusammenarbeit sollte natürlich gemeinsam mit ägyptischen PartnerInnen bestimmt werden: Für welche Erfahrungen, Prozesse oder politische Positionen interessiert sich die jeweils andere Seite? Aus deutscher Juso-Sicht ließen sich ggf. vier Themen herausstellen, bei denen ein starkes gemeinsames Interesse angenommen werden kann: 1. *Demokratie/Partizipation*: Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist für uns Jusos ein Dauerthema. Wir haben eigene Erfahrungen gesammelt (zuletzt vielleicht in der Auseinandersetzung mit eher basisdemokratischen Organisationen wie den Piraten) und viele Reformideen. Gleichzeitig können wir von ägyptischen Erfahrungen profitieren, z.B. wenn es darum geht, wie Freiheitsrechte effektiv erkämpft werden können. 2. *„Sozialer Dialog“ und Mitbestimmung am Arbeitsplatz*: Einerseits haben wir in der Bundesrepublik etablierte Wege, wie ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften auf Arbeitslohn und -bedingungen erfolgreich Einfluss nehmen können. Andererseits sehen wir Defizite unserer Mitbestimmung am Arbeitsplatz; und sind mit dem (relativen) Schrumpfen unserer Gewerkschaften konfrontiert. 3. *Nahostkonflikt*: Ägypten hat als größter Nachbar Israels eine besondere Bedeutung im Nahostkonflikt. Es sollte daher das Ziel sein, ägyptische GenossInnen in die Nahostarbeit einzubeziehen und für (Verständnis für) die deutsche Juso-Sonderposition der „Doppelten Solidarität“ zu werben. Die Kooperation mit ägyptischen Jugendorganisationen würde also nicht auf Kosten der Juso-Zusammenarbeit mit Israel und Palästina gehen, sondern zu dessen Gunsten. 4. *Internationale Zusammenarbeit*: Sich über Grenzen hinaus politisch zu organisieren, wird in der globalisierten Welt immer wichtiger. Gemeinsame Perspektiven gilt es zu erarbeiten. Inwiefern die Zusammenarbeit Früchte tragen kann, lässt sich in der Praxis erfahren. Durch Evaluationen sollten die Erfahrungen in zukünftige Kooperation einbezogen werden.

#### 5. Politischer Hintergrund: Aus der Krise der Sozialistischen Internationalen lernen

Die Sozialistische Internationale (SI) war einst eine stolze Organisation – nicht umsonst war es Willy Brandt jahrelang eine Ehre, dem sozialdemokratischen Weltverband als SI-Präsident vorzustehen. Diesen Glanz früherer Tage hat die SI leider längst eingebüßt. Im Zuge des Arabischen Frühlings musste sie sich auch eingestehen: Die Parteien Mubaraks (Ägypten) und Ben Alis (Tunesien) konnten als totalitäre Organisationen jahrzehntelang

Mitglieder des Verbandes bleiben. Von den (anti-kolonialen) Befreiungsbewegungen, die beide einst repräsentiert hatten, waren die ägyptischen und tunesischen SI-Mitglieder längst weit entfernt. Ähnliche Spaltungen der globalen sozialdemokratischen Bewegung sollten zukünftig schon im Ansatz verhindert werden. Einen guten präventiven Ansatz bieten inhaltliche Kooperationen auf Ebene der Jugendverbände.



## A3 Ausbildungsperspektiven für Jugendliche sichern!

Zur Weiterleitung an die Juso-Landeskonferenz

Zur Weiterleitung an die SPD-Regionalkonferenz

Hinter der falschen Fassade der „Vollbeschäftigung“ verbirgt sich in Deutschland noch immer ein Ausbildungsproblem: Tausenden jugendlichen SchulabhängigerInnen fehlt eine Ausbildungs- und Berufsperspektive, viele hängen im schulischen „Übergangssystem“ fest. Auf der anderen Seite klagen WirtschaftsvertreterInnen über drohenden Fachkräftemangel. Wir Jusos stehen klar dafür ein, dass ein alterndes Einwanderungsland wie Deutschland seine zukünftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen nur mit mehr Offenheit und Immigration lösen kann. Daneben braucht es aber *so schnell wie möglich* große Anstrengungen, um vielen in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen eine berufliche und persönliche Perspektive zu geben. Darum fordern wir Jusos:

- Die konsequente Umsetzung und Fortführung der im Koalitionsvertrag enthaltenen Programme und Maßnahmen ("Initiative Bildungsketten", "Allianz für Aus- und Weiterbildung", verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen, Internationale Berufsbildungsk Kooperationen und ausgebaute Förderung der Weiterbildung)
- Ein klares Bekenntnis, dass es unabhängig von konjunkturellen Schwankungen in Deutschland weiterer aktivierender Maßnahmen zur Belebung und Verbesserung des Ausbildungsangebots braucht
- Schluss mit undurchschaubaren Statistiken: Durch eine systematische Verbleibsanalyse muss für Politik, Wirtschaft und Beschäftigten zukünftig klarer aufgezeigt werden, welchen aktuellen Ausbildungsbedarf es gibt.
- Ausbildung braucht Qualifizierung statt Hilfstätigkeiten: Wir bekennen uns zu den zentralen Qualitätsstandards der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO). Rückwirkend ist sicherzustellen, dass die zwischenzeitliche Aussetzung der AEVO (von 2003 bis 2009) keine Qualitätsdefizite in Betrieben hinterlässt.
- Bedarfsanpassung durch flexible Ausbildungsumlage: Wenn der vorhandene Ausbildungsbedarf – durch Nachfrage (der Jugendlichen) und Angebot (der Wirtschaft) – regional nicht sichergestellt wird, braucht es Ausbildungsumlagen nach dem Vorbild der Bauindustrie, die an regionale Bedingungen und Branchenspezifika angepasst sind. Ziel muss sein, die Ausbildungsverantwortung der Wirtschaft zu festigen und Externalisierung der Kosten zu vermeiden.
- Förderung der Ausbildungsqualität in kleineren Unternehmen: Durch Forcierung von Verbänden zwischen kleineren Betrieben kann Ausbildungsqualität in Gänze gesteigert werden. Zudem sind stärkere Kontrollen der Ausbildungspflichten notwendig. Es geht auch um die Attraktivität von Ausbildungen in kleineren Betrieben.

### **Begründung:**

Das duale Berufsausbildungssystem hat sich in der Vergangenheit bewährt und entscheidend zur Qualifizierung junger Menschen und zur Ausbildung von Fachkräften

beitragen. Eine solide Berufsausbildung in der Jugend trägt einen großen Anteil zum Schutz vor Arbeitslosigkeit, zur Sicherung von Erwerbsmöglichkeiten, zum Schutz vor Altersarmut und zu Perspektiven der anschließenden Aus- und Weiterbildung bei. Staat und Gesellschaft ersparen sich durch das Vorhandensein solider Ausbildungsbiographien am Ende soziale Folgekosten, wie Lohnzuschüsse, Arbeitslosengelder und Aufstockrenten, die häufig bereits aus früheren Defiziten in der Aus- und Weiterbildung resultieren. Trotzdem lässt die gegenwärtig im OECD-Vergleich niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland nicht darüber hinwegtäuschen, dass aktivierende politische Maßnahmen zur Bereitstellung von ausreichend Ausbildungsplätzen nach wie vor notwendig sind.

### Transparente Statistiken

In der medialen Berichterstattung war in den letzten Jahren häufig vom demographisch bedingten Risiko des Fachkräftemangels die Rede. So bezeichneten nach einer Umfrage der IHK Bielefeld im Jahre 2011 30% der Unternehmen in Ostwestfalen-Lippe (OWL) den Fachkräftemangel als Zukunftsproblem für die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Koexistenz verschiedener Statistiken macht eine Beurteilung der tatsächlichen Lage am Ausbildungsmarkt allerdings sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht schwierig. Gegenwärtig werden mit den Statistiken von der Bundesagentur für Arbeit (BA), der Industrie- und Handelskammer (IHK), dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), um nur einige zu benennen, eine Vielzahl verschiedener Aufstellungen zu den Zahlen am Ausbildungsmarkt veröffentlicht. Von der IHK gemeldete freie Stellen gehen in die Zahlen der BA ein. Der Datenreport des BIBB ergänzt den im Bundeskabinett verabschiedeten Berufsbildungsbericht 2013 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Im Verlaufe der Erstellung der einzelnen Statistiken erweist es sich als oft intransparent, wie viele BewerberInnen, die zunächst ihre Schullaufbahn mit Ausbildungswunsch beendet haben, am Ende wirklich eine bzw. die von ihnen anvisierte Lehrstelle bekommen haben. Demgegenüber stehen BewerberInnen, die aufgrund einer Alternative aus der Datenbasis wegefallen.

Ungeachtet der Vielzahl von Möglichkeiten, die sich durch die unterschiedlichen Laufbahnentscheidungen ergeben, ist der Umgang mit dieser Intransparenz keineswegs trivial, da mit der unterschiedlichen Interpretation veröffentlichter Zahlen leicht interessengeleitete Politik gemacht werden kann.

Somit fordern die NRWJusos, dass ein System geschaffen wird, in dem stets differenzierte und eindeutige Zahlen zum jeweiligen Berichtsdatum am 30.09. vorliegen. Eine systematische Verbleibanalyse nach dem Verlassen der Schule könnte einen klaren Überblick darüber vermitteln, wie viele Jugendliche mit Wunsch einer dualen Berufsausbildung bislang nicht in Genuss derselben gekommen sind und wie viele sich beispielsweise in anderen schulischen oder universitären Ausbildungen befinden. Diese präzise (bis zu einem einheitlichen Stichtag) erhobenen Zahlen gilt es in politisches Handeln einzubeziehen.

### Klares Bekenntnis zu hohen Standards der beruflichen Ausbildung

Die persönliche und fachliche Eignung zur Anleitung der Ausbildung musste gemäß §30 Abs. 5 BBiG bis zum Jahr 2003 und seit dem 1. August 2009 wieder nach der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) durch ein Zeugnis oder einen anderen Nachweis nachgewiesen werden. Mit der vorübergehenden Aussetzung der AEVO gedachte die damalige rot-grüne Bundesregierung in einer besonders kritischen Phase am

Ausbildungsmarkt dazu beizutragen, dass insgesamt mehr Lehrstellen geschaffen werden. Nach einer umfragenbasierten Untersuchung des BIBB wurden in der Tat seitens der Unternehmen mehr Lehrstellen geschaffen (wenngleich die Zahl geringer ausfiel, als zunächst erwartet). Gleichwohl erwies sich die Qualität der Ausbildung in denjenigen Unternehmen als minderwertig, welche nun dank der ausgesetzten AEVO eine Berechtigung zur Berufsausbildung erlangt hatten. Folgen waren laut BIBB ein erhöhter Beratungsbedarf durch Kammern (80%), eine generell schlechtere Ausbildungsqualität (32%), mehr Konflikte zwischen Ausbildungspersonal und Auszubildenden (37%), eine höhere Zahl an Schlichtungen (28 %), mehr Ausbildungsabbrüche (28%) und schlechtere Prüfungsergebnisse (16%). Da eine erfolgreiche und qualifizierende Ausbildung das Fundament für eine weitere erfolgreiche Berufslaufbahn ebnet – und die AEVO entscheidend zur Qualitätssicherung im Lehrbetrieb beiträgt –, bekennen sich die Jusos zur Wiederinkraftsetzung und zum Erhalt der AEVO. Weitergehend sollten diejenigen Betriebe, die zwischen 2003 und 2009 durch die Aussetzung der AEVO neu die Ausbildungserlaubnis erhalten hatten, überprüft werden, um die Ausbildungseignung des Personals nachträglich zu verifizieren zu können (oder im Falle der Nichteignung Verbesserungs- oder Sanktionsmaßnahmen bis hin zum Entzug der Ausbildungsgenehmigung einzuleiten).

### Umlagefinanzierte Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsangebots in Krisenzeiten

Wie in Deutschland insgesamt galt in OWL die Arbeitsmarktsituation in den Jahren 2004/2005 als besonders düster. 2005 lag die Jugendarbeitslosigkeit bei 15,2%. Die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt schlug sich in einer geringen Zahl an abgeschlossenen neuen Ausbildungsverträgen nieder. Von 2004 auf 2005 sank die ohnehin schon niedrige Einmündungsquote – d.h. der Anteil an Jugendlichen mit Interesse an einer dualen Ausbildung, die eine derartige Lehre beginnen – von 54% auf 47%.

Zur selben Zeit war der Anteil der Jugendlichen besonders hoch, die in BFS-Übergangssysteme einmündeten. Bis 2010 und 2012 verbesserten sich die Zahlen leicht. Die Einmündungsquote aller Interessenten in die duale Berufsausbildung lag 2013 laut BIBB-Datenreport 2014 bei 65%, die gesamte Einmündungsquote von AusbildungsinteressentInnen lag bei 49,1% (bis September 2013 insgesamt ca. 275000 in der BRD / ca. 15000 in OWL). Auffällig ist, dass die Einmündungsquote von Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit 35% deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Auch für Menschen mit Behinderung gestaltet sich das Finden einer Ausbildungsstelle häufig schwierig.

Der BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014 weist für das Jahr 2013 einen Rückgang neu abgeschlossener Verträge um 3,7% aus, sowie ein um 3,5% gesunkenes Angebot an Ausbildungsplätzen bei einer um 2,1% gefallen Nachfrage. Deutlich mehr ausbildungsinteressierte Jugendliche (83.600) blieben 2013 erfolglos. Die Quote der zum Stichtag 30. September immer noch suchenden Bewerber lag bei 13,6% bezogen auf die offizielle Gesamtzahl der 614.300 Ausbildungsplatznachfrager.

Auch wenn das BMBF diese Entwicklung "als Folge der demografischen Entwicklung und des gezielten (an die demografische Entwicklung angepassten) Abbaus der außerbetrieblichen Ausbildung (-16,3%)" (vgl. Berufsbildungsbericht 2014) ansieht, ist auffällig, dass diese Entwicklung mit zunehmenden Warnungen vor einer Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Konjunktorentwicklung einhergeht – während die Zahl der Absolventen von Übergangsmaßnahmen hoch bleibt.

In Westdeutschland wären theoretisch etwa 55% der Unternehmen ausbildungsfähig,

obgleich nur etwa selbst 23% ausbilden. Eine Erhöhung des Anteils würde nicht nur den Mangel an Ausbildungsplätzen entschärfen, sondern auch den SchulabgängerInnen Wahlmöglichkeiten bieten.

Gerade aus den wiederholten Warnungen der Unternehmen vor einem drohenden Fachkräftemangel, der positive Konjunkturlagen beeinträchtigen könnte, leiten die Jusos die zentrale Forderung ab, dass Betriebe auch in Phasen der wirtschaftlichen Baisse ihrer Pflicht nachkommen müssen, Nachwuchskräfte gleichbleibend in ausreichender Zahl auszubilden. Auf diese Art und Weise können Unternehmen und Auszubildende gleichermaßen profitieren. Unternehmen würden damit den Grundstein für zukünftig verfügbare qualifizierte Arbeitskräfte legen. Andererseits würden die Berufsperspektiven von SchulabsolventInnen nicht dadurch geschälert, dass sich gerade in ihrem Abschlussjahr ein rezessionsbedingtes ‚Loch‘ auftut.

In der praktischen Umsetzung könnten die Erfahrungen aus der Baubranche eine Grundlage für andere Bereiche sein. Bereits seit dem Jahre 1976 gibt es im Bauhauptgewerbe einen solidarisch getragenen Fond, in den alle Unternehmen einzahlen, um damit auszubildende Unternehmen zu entlasten. Sämtliche Bauunternehmen zahlen 1,6% ihrer Lohnsumme bei den Sozialkassen der Bauwirtschaft (Soka Bau) ein. Ausbildungsbetriebe erhalten daraus etwa ein Drittel der von einem Lehrling verursachten Kosten erstattet. Dieses Modell könnte in Zukunft auf andere Branchen übertragen werden, in denen bislang ohne eine Ausbildungsumlage nicht selbstständig ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Durch regionale Vorstöße, wie etwa die Umlage zur Ausbildungsfinanzierung durch die Handwerkskammer Südthüringen, wurden bereits erste Schritte in die richtige Richtung unternommen.

In Zukunft sollte es in erster Linie auf Branchen, Unternehmen und regionale Strukturen angepasste Entwürfe einer Ausbildungsumlage geben. Diese dezentralen Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften sollten – dort wo sie aufgrund von Fachkräftemangel und hohen BewerberInnenzahlen notwendig sind – vom Staat forciert und notfalls erzwungen werden. Sicherzustellen muss dabei, dass die Aufgabe der Berufsbildung in der Zuständigkeit der Wirtschaft bleibt. Ausbildungskosten dürfen nicht an die öffentliche Hand externalisiert werden.

### Unterschiede in der Ausbildungsqualität zwischen Klein- und Großbetrieben bzw. zwischen verschiedenen Branchen

Zwischen der Zufriedenheit mit der Ausbildung gibt es teilweise signifikante Unterschiede zwischen Groß-, Klein- und mittelständischen Betrieben (KMU): In Großbetrieben ist die Ausbildungszufriedenheit durchschnittlich deutlich höher. Ebenso ist festzustellen, dass sich verschiedene Branchen in ihrem Grad der Zufriedenheit von Auszubildenden mit ihrer Lehre teils deutlich unterscheiden. Probleme wie zum Beispiel die Nichtexistenz oder die Nichtbeachtung eines Ausbildungsplans – welcher laut §14 des Berufsbildungsgesetzes zwingend von den Ausbildungsbetrieben verlangt wird –, die nicht durchgängige Freistellung für den Berufsschulunterricht oder das Heranziehen zu ausbildungsfremden Tätigkeiten findet in kleinen Betrieben mit bis zu 20 Mitarbeitern erkennbar häufiger statt als in größeren Betrieben. Nur durch Verbesserungen der Ausbildungsbedingungen können kleine Betriebe auch seitens der angehenden Auszubildenden wieder an Attraktivität gewinnen. Exemplarisch hat das Handwerk –eine stark von kleinen Unternehmen geprägte Branche – mittlerweile große Schwierigkeiten seine Lehrstellen zu besetzen. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass möglicherweise einzelne kleine Betriebe nicht über das Personal und die Möglichkeiten verfügen, sodass einzelne Bestandteile der Ausbildungsordnung nicht im Betrieb selbst vermittelt werden können. In

diesem Fall bietet es sich an, mit anderen Partnerbetrieben zu kooperieren, die dem/der Auszubildenden gerade diese fehlenden Tätigkeiten vermitteln können. Durch einen solche Verbund von kleinen Unternehmen kann die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht werden. Ohne ausreichende Kontrollen der Industrie- und Handelskammern, welche für den ordnungsgemäßen Ablauf von Ausbildungen eigentlich zuständig sind, kann die reale Ausbildungsqualität in den Einzelbetrieben allerdings nur schwerlich evaluiert werden. Es ist also seitens der Politik wichtig, im Rahmen des bestehenden Gesetzesrahmens sicherzustellen, dass Kontrollen auch tatsächlich regelmäßig und unangekündigt in den einzelnen Betrieben durchgeführt werden.

Schaubild A1.1-1: Zusammenhang zwischen der jährlichen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts und des Ausbildungsplatzangebots 1993 bis 2013

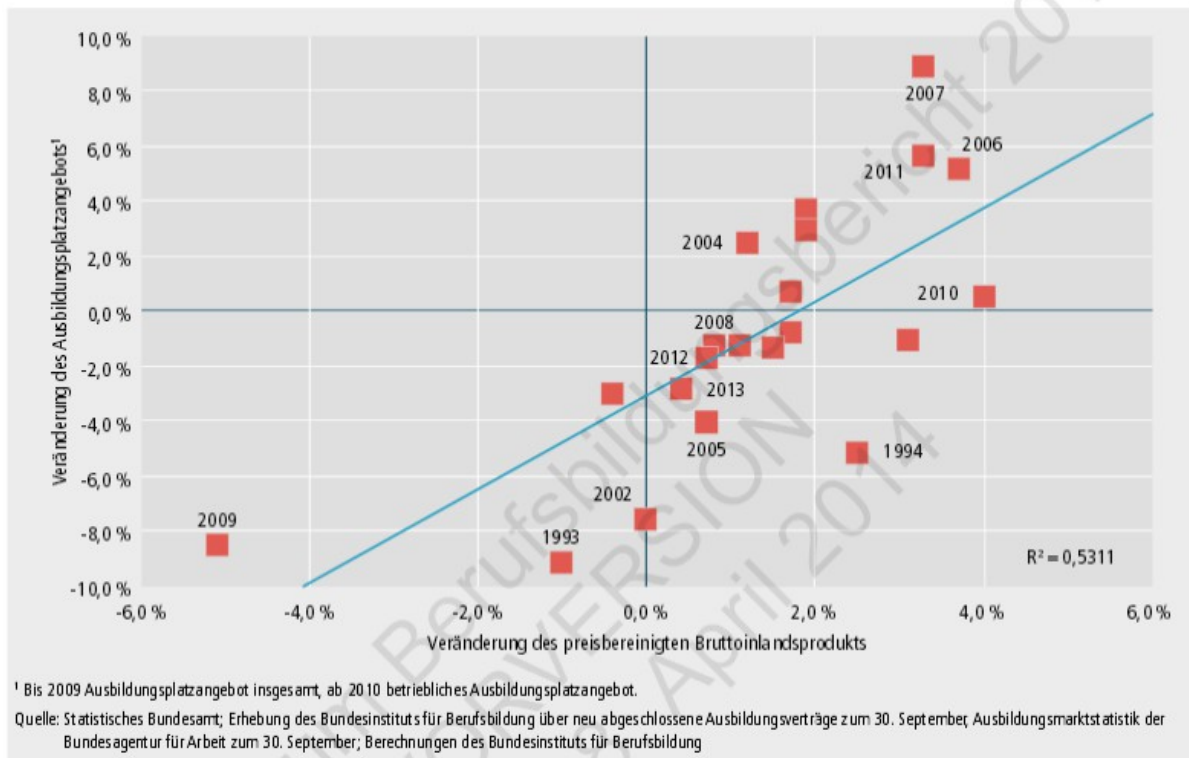
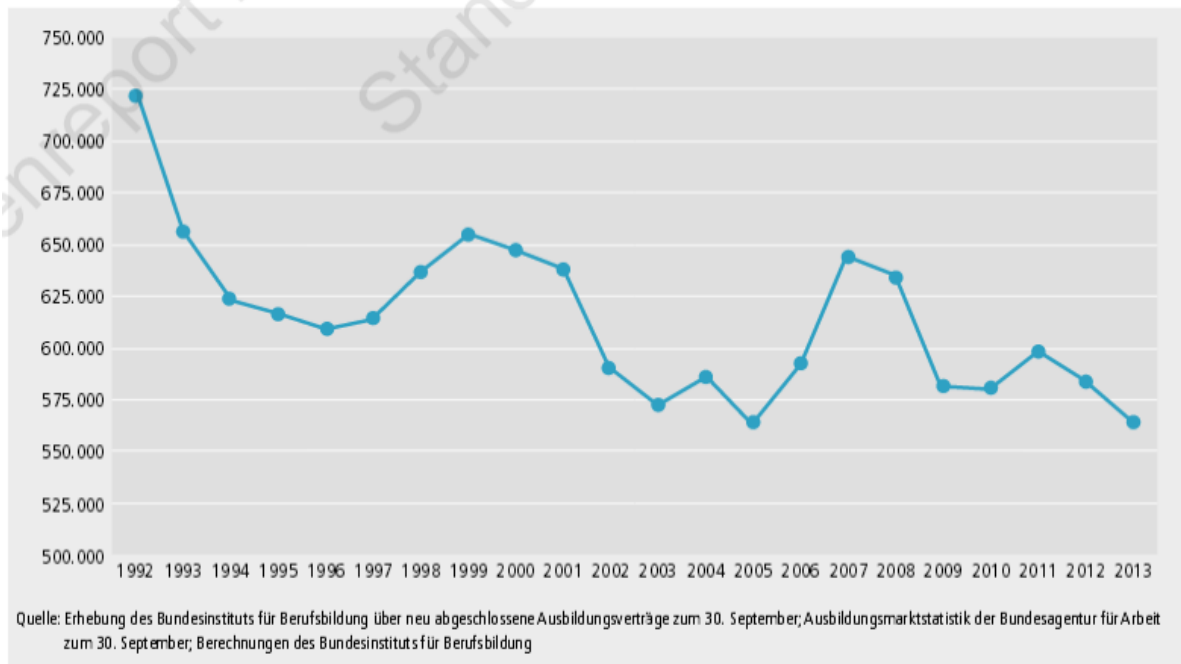


Schaubild A1.1-2: Bundesweite Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots 1992 bis 2013



[http://datenreport.bibb.de/media2014/BIBB\\_Datenreport\\_2014\\_Vorversion.pdf](http://datenreport.bibb.de/media2014/BIBB_Datenreport_2014_Vorversion.pdf) (S. 15)

## **A4 Keine sicheren Herkunftsländer**

Zur Weiterleitung an die Juso-Landeskonferenz

Zur Weiterleitung an die SPD-Regionalkonferenz

Zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion NRW

Das im Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition verabschiedete Gesetz zur Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten“ ist zu stoppen. Asylsuchende aus den genannten Staaten sollen das Recht auf eine Einzelfallprüfung behalten.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich in Zukunft bei solch sensiblen Themen die angemessene Zeit für das gesetzgebende Verfahren zu nehmen.

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für eine Ablehnung des Gesetzes im Bundesrat einzusetzen.

### **Begründung:**

Das Gesetz zur Einstufung als „sichere Herkunftsstaaten“ soll offensichtlich in größter – für ein sensibles Thema wie der Asylpolitik unangemessener – Eile durchgezogen werden. Folge der Einstufung wäre, dass Anträge Asylsuchender aus den drei Ländern pauschal als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden. Der Beweis des Gegenteils wird durch verfahrensverschärfende Festlegungen sehr schwer bis faktisch unmöglich gemacht.

Nach den Einschätzungen von UNHCR und PRO ASYL und Berichten von AMNESTY INTERNATIONAL ist die Einstufung der drei Staaten als „sichere Herkunftsstaaten“ nicht nachvollziehbar. Ganz besonders die Minderheit der Roma ist in den Ländern Diskriminierungen ausgesetzt. In Mazedonien liegt die Lebenserwartung von Roma beispielsweise zehn Jahre unter der Gesamtbevölkerung und die Kindersterblichkeitsrate von Roma-Kindern ist doppelt so hoch wie die in der Gesamtbevölkerung. Oft ist der Zugang zu ärztlichen Notdiensten nicht gewährleistet und die Diskriminierung schlägt in Lebensgefahr um.

Es wird oft darauf verwiesen, dass Roma nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kämen und daher keinen Anspruch auf Asyl hätten. Nach Artikel 9 der EU-Qualifikationsrichtlinie können sich aber Diskriminierungen und Ausgrenzungen, die jede für sich genommen noch nicht als Verfolgung anzusehen sind, in ihrem Zusammenwirken als Verfolgung darstellen. Ende März 2014 hat das Verwaltungsgericht Stuttgart eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration gekippt und zwei Roma aus Serbien Asyl zugesprochen. Sowohl die rechtliche Grundlage, als auch das Urteil aus Stuttgart zeigen, dass es in allen Fällen einer Einzelprüfung bedarf, ob ein Anrecht auf Asyl vorhanden ist. Eine solche Einzelprüfung würde es durch die Einstufung als „sichere Herkunftsstaaten“ nicht mehr geben.

## **A5 Dann sind wir eben vaterlandslose Gesellen - Kein Nationalismus in unserem Wahlkampf**

Zur Weiterleitung an die SPD-Regionalkonferenz

Bei der Europawahl hat die SPD in der letzten Wahlkampfwoche eine Anzeige in mehreren Zeitungen geschaltet, in der *„Nur wenn Sie Martin Schulz und die SPD wählen, kann ein Deutscher EU-Kommissionspräsident werden“* zu lesen war. Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, in Zukunft auf die Verwendung solch dumpf-nationalistischer Töne zur Stimmenmaximierung zu verzichten.

Begründung:

Es ist offensichtlich, dass viele SozialdemokratInnen auch 100 Jahre nach Ausbruch des 1. Weltkrieges den Vorwurf Wilhelm II. „vaterlandslose Gesellen“ zu sein noch nicht verkräftet haben. Anders lassen sich die beleidigten Reaktionen auf den Vorwurf des CSU-Generalsekretärs Andreas Scheuer, Martin Schulz sei nur ein „Fassadendeutscher“ – Wilhelm II. wäre vor Freude über die CSU in die Luft gesprungen – nicht erklären. Mit Blick auf Umfragen, Beliebtheitswerte und das unklare Spitzenpersonal der Union kam nach den Attacken Scheuers offenbar die Angst auf, die WählerInnen in Deutschland könnten doch nicht Schulz wählen, weil er ein europäischer Spitzenkandidat sei, der nicht nur deutsche Interessen in Brüssel durchwinken will. Also musste in der Schlusskampagne rhetorisch noch ein Gang hochgeschaltet werden. In der Zeitungsanzeige ging es nicht darum, dass Schulz aus Deutschland kommt – wie es schon auf zahlreichen Plakaten betont wurde – sondern explizit darum, dass ein „Deutscher“ Kommissionspräsident werden muss. Es schwingt sofort mit, dass ein Deutscher doch wohl besser sei als ein Luxemburger. Diese Aussage bedient einen dumpfen Nationalismus, den die SPD mit ihrem pro-europäischen Wahlkampf eigentlich bekämpfen wollte. Wer ein so gutes europapolitisches Programm und einen so guten europaweiten Spitzenkandidaten wie Martin Schulz hat, der hat solch einen Nationalismus nicht nötig und kann gut mit Vorwurf des „vaterlandslosen Gesellen“ leben.



## **A6 Bildungsprogramm: Die Jusos und die Doppelstrategie**

Die vielfältige Juso-Arbeit vor Ort hat einen großen gemeinsamen Nenner: In der Tradition der Doppelstrategie versuchen die verschiedenen Juso-Gliederungen sich gleichzeitig in die SPD einzubringen und als eigener Richtungsverband in die Zivilgesellschaft herein zu wirken. Um dieses Wirken zu unterstützen, soll der Juso-Regionalvorstand in seiner nächsten Amtszeit ein politisches Bildungsprogramm hierzu zur Verfügung stellen: Gemeinsam mit kompetenten ReferentInnen sollen sich interessierte Jusos historische Hintergründe wie auch Zukunftsperspektiven des jungsozialistischen Engagements erarbeiten. Besonders unser Verhältnis zur SPD soll dabei im Fokus stehen.